



## Pressemitteilung

**Christoph Bratmann, MdL**  
Wahlkreisbüro: Schloßstraße 8  
38100 Braunschweig  
Telefon 05 31 / 480 98-23  
Telefax 05 31 / 480 98-26  
buero@christoph-bratmann.de  
www.christoph-bratmann.de

13. Juni 2019

### **Thune: Vor-Ort-Termin mit Umweltminister Olaf Lies**

Auf Einladung der Bürgerinitiative für Strahlenschutz (BISS) sind der Niedersächsische Umweltminister Olaf Lies (SPD), der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Marcus Bosse und Christoph Bratmann als örtlicher Landtagsabgeordneter in der letzten Woche nach Thune gekommen, um sich direkt ein Bild von der Situation vor Ort zu machen.

Die BISS engagiert sich seit Jahren gegen die Verarbeitung von radioaktivem Material in ihrem Wohnumfeld in Wenden und Thune und sieht in dem dortigen Standort der Firma Eckert und Ziegler Nuclitec ein Gefahrenpotential für die Anwohner. Eckert und Ziegler entwickelt und produziert isotopentechnische Komponenten für die medizinische, wissenschaftliche und messtechnische Anwendung und betätigt sich außerdem im Bereich der Konditionierung von schwach- bis mittelradioaktiven Stoffen.

Keine einfache Situation für Umweltminister Olaf Lies, der schon seit längerem in Kontakt mit der Braunschweiger Bürgerinitiative steht. Klar ist, dass die Anwohner in unmittelbarer Umgebung von radioaktivem Material besorgt sind. Klar ist aber auch, dass von dem Firmengelände und den dort gelagerten Stoffen bislang keine unmittelbare Bedrohungslage ausgeht. „Rein rechtlich ist die Firma zu dem was sie dort tut berechtigt, verfügt über entsprechende Umgangsgenehmigungen und muss zudem entsprechende Sicherheitsstandards einhalten.“ So der örtliche Abgeordnete Christoph Bratmann und fügt an: „Allerdings würde man einen solchen Standort nach heutigen Kriterien wohl nicht mehr genehmigen.“ Letztlich geht es darum für größtmögliche Transparenz und Sicherheit zu sorgen, waren sich Lies und Bratmann einig.

Diskutiert wurde neben Frage, inwieweit eine im Auftrag des Umweltministeriums durchgeführte Störfallanalyse auch äußere Gefahren wie z.B. Terroranschläge oder Flugzeugabstürze berücksichtigt sowie auch das Absenken der Umgangsgenehmigungen für die Strahlenwerte des radioaktiven Materials. Lies und Bratmann kündigten an, auch mit dem Unternehmen selbst Gespräche führen zu wollen.